

KNT-20-  
00760  
LUDWIG-MAXIMILIANS-UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Philosophische Fakultät I. Sektion. (Ca)

Auszug aus der Dissertation:

**Die bayerische Publizistik und das preußische Unionsprojekt 1849**

von Kurt Hoffmann.

Referent: Geh. Rat Prof. Dr. M. Doeberl.

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Februar 1922.

Zum Druck genehmigt: 14. November 1922.

**Professor Dr. Walter Otto**, Dekan.

Nach dem Scheitern des Frankfurter Reichsgründungsversuches griff die preußische Regierung den Gedanken einer Bundesreform in der Gestalt des engeren und weiteren Bundes auf (preußisches Unionsprojekt) und lud am 28. April 1849 die deutschen Regierungen ein, Bevollmächtigte nach Berlin zu senden. Das hier am 26. Mai zwischen Preußen, Sachsen und Hannover geschlossene sog. Dreikönigsbündnis sollte die Verwirklichung des zwischen diesen drei Staaten vereinbarten Reichsverfassungsentwurfes vorbereiten.

Die bayerische Regierung beschickt wohl die Berliner Konferenzen (17.—26. Mai), tritt aber dem Dreikönigsbündnis nicht bei, weil sie in dem Berliner Verfassungsentwurf den Scheidebrief zwischen Oesterreich und Deutschland erblickt. Die Konservativen und die Gemäßigten begrüßen in zahlreichen Adressen und Pressestimmen (Volksbote, Augsburgische Postzeitung; Neue Münchener Zeitung, Nürnberger Korrespondent, auch Allgemeine Zeitung) die Haltung der Regierung. Publizisten wie Doenniges, Abel, Bluntschli beleuchten die in dem Berliner Verfassungsentwurf lauernden rechtlichen, wirtschaftlichen, inner- und außerpolitischen, dynastischen und konfessionellen Gefahren. Vielfach wird ein süddeutscher Gegenbund gefordert. Auch die Demokraten üben in ihren teils gemäßigteren Organen (Deutsche constitutionelle Zeitung, Volksbötin, Mittelfränkische Zeitung), teils



KNY-20-  
00760

radikalen Hetzblättern (Neue Speyerer Zeitung, Freier Staatsbürger) vernichtende Kritik an dem Entwurf, der ihnen im Vergleich zum Frankfurter als reaktionär erscheint (Dreiklassenwahl, absolutes Veto des Reichsvorstands, Fürstenkolleg). Unter tobenden Ausfällen gegen Friedrich Wilhelm IV. fordern sie vom bayerischen König, dem sie sogar die Kaiserkrone anbieten, die Annahme der Frankfurter Verfassung. Warm treten für den Entwurf nur die Linksliberalen ein (Augsburger Abendzeitung).

Vergebens bemüht sich Minister von der Pfordten durch vertrauliche Besprechungen in Wien und Berlin (12. Juni — 2. Juli) eine auch für Bayern und Oesterreich annehmbare Abänderung des Berliner Entwurfs zu erzielen. Die österreichische Ablehnung des bayrischerseits geforderten deutschen Volkshauses verstimmt sogar die Konservativen gegen Oesterreich. Gleichzeitig wird selbst in der offiziösen Neuen Münchener Zeitung die Polemik gegen Preußen immer leidenschaftlicher. Die Linksliberalen bauen noch immer auf die Macht des Einheitsgedankens. Die Demokraten haben für Pfordtens Bemühungen nur Hohn und Spott übrig; die gemäßigteren nähern sich infolge der inneren und äußeren Mißerfolge der Demokratie immer mehr den Linksliberalen und werfen sich zu eifrigen Verfechtern der preußischen Hegemonie und des Unionsprojektes auf, die radikalen hetzen weiter gegen Preußen.

An die vertraulichen Besprechungen schließt sich (Juli bis September) ein offizieller Notenwechsel zwischen München und Berlin über eine Abänderung des Berliner Verfassungsentwurfs und Bayerns Eintritt in das Dreikönigsbündnis. Dessen Schicksal wird durch Bayerns endgültige Absage besiegelt. Am 21. September rechtfertigt v. d. Pfordten vor der inzwischen neugewählten II. Kammer unter Vorlage der Akten seine Politik, die Oesterreich den ihm gebührenden Platz offengehalten habe. Klagen und Anklagen erwidern ihm aus den linksliberalen und demokratischen Blättern, hohe Lobeserhebungen aus den gemäßigtliberalen. Die Freude der Konservativen wird bald durch das sog. Interim stark getrübt: in der Ausschaltung Bayerns von der neuen provisorischen Zentralgewalt erblicken die Partikularisten einen beklagenswerten Mißerfolg Pfordtens, ja eine Mediatisierungsgefahr seitens Oesterreichs. Laut erheben sie den Ruf nach der deutschen Trias. Trotz dieser Verstimmung versagen jedoch die Konservativen bei der nach 30stündiger Landtagsdebatte am 7. November erfolgenden Abstimmung dem Ministerium ihre Unterstützung nicht: es siegt mit 70 gegen 59 Stimmen, nachdem sich für das Unionsprojekt lediglich einige linksliberale Redner eingesetzt haben.

Die Haltung der bayerischen Regierung gegenüber dem preußischen Unionsprojekt entsprach also dem in Publizistik und Volksvertretung zum Ausdruck kommenden Mehrheitswillen des bayerischen Volkes; hinter der linksliberalen Presse, die sich allein ohne Zögern und mit aufrichtiger Wärme für das Projekt einsetzte, stand nur ein geringer Teil des Volkes, in der Hauptsache die Intelligenz der neubayerischen protestantischen Kreise; erst später traten den Linksliberalen die gemäßigten Demokraten zur Seite, da sie in der Verwirklichung des Berliner Verfassungsentwurfs die letzte Möglichkeit sahen, „durch Einheit zur Freiheit“ zu gelangen, also aus parteitaktischen Erwägungen heraus, ohne jede Begeisterung für den Entwurf selbst. Den fast nur auf Franken und die Pfalz beschränkten Anhängern des Unionsprojektes stand außer den grundsätzlichen Preußenhassern der äußersten Rechten und Linken die seit Sommer 1849 stetig wachsende gemäßigt-liberale Mittelpartei, hauptsächlich in Altbayern wurzelnd, gegenüber; ihrer zielbewußten publizistischen Werbearbeit war der Sieg des Ministeriums in erster Linie zu verdanken.

---

